



Hedwig Richter

Moderne Wahlen

Eine Geschichte der Demokratie
in Preußen und den USA
im 19. Jahrhundert

Leseprobe

Hedwig Richter

Moderne Wahlen

Eine Geschichte der Demokratie
in Preußen und den USA
im 19. Jahrhundert

Leseprobe

Hamburger Edition

Warum haben sich politische Wahlen durchgesetzt, sodass die Legitimation politischer Herrschaft seit Beginn des 20. Jahrhunderts kaum noch ohne Massenpartizipation möglich ist? Wie lässt sich der Erfolg dieses Verfahrens erklären? Als Antwort finden sich recht eindeutige Erzählungen: Wahlen ermöglichen den Menschen ein gleiches, allgemeines, direktes und freies Mitspracherecht. Folglich haben sich Männer und Frauen dieses Recht im Laufe der Jahrhunderte in Form von Massenwahlen und gegen die politische Autorität erkämpft. Zuerst geschah das in England, dann prominent in den USA und Frankreich. Andere Länder zogen nach, während Preußen mit seiner Demokratieunfähigkeit auf den Abgrund undemokratischer Entwicklungen verweist. »In jedem von uns gibt es etwas, das nach Freiheit schreit«, rief Martin Luther King im Kampf für das Wahlrecht der Afroamerikaner, und gegen alle Widrigkeiten haben sich Frauen und Männer immer wieder diese Freiheit angeeignet, Demokratien errichtet und damit Gleichheit und Gerechtigkeit installiert.

Diese Geschichten sind populär, und sie werden vielfach von der Forschung aufgegriffen.¹ Doch wollten die Menschen tatsächlich von jeher wählen? Und warum wurde der Schrei nach Freiheit ausgerechnet seit der Aufklärung so laut? Und kam er tatsächlich zunächst nur aus den Kehlen von angloamerikanischen oder französischen Männern (denn tatsächlich sind Frauen in diesem Chor lange Zeit kaum zu hören)? Warum setzte sich ausgerechnet das Verfahren der Massenwahlen durch, dessen Technik durch seine Manipulations- und Korruptionsanfälligkeit besonders viele Fallstricke birgt? Damit scheint das Wahlverfahren den Versprechen der Moderne, der Gleichheit, der Freiheit und der Autonomie der Individuen, nicht besonders förderlich zu sein. Wählen bedeutet aber auch deswegen ein gerüttelt Maß an Unfreiheit, weil sich alle dem Mehrheitsentscheid beugen müssen. Würde also nicht das Losverfahren für mehr Gleichheit

1 Beispielhaft dafür Keyssar, Right to Vote; Retallack, German Right; Winkler, Geschichte des Westens; Höffe, Kritik der Freiheit.

und Gerechtigkeit sorgen?² Und gesetzt den Fall, es würde aufgrund des Freiheits-, Gleichheits- und Selbstbestimmungsprinzips gewählt werden, warum setzte sich dann nicht die direkte Demokratie durch, in der die Dinge unmittelbar vor Ort abgestimmt werden?³ Warum ging stattdessen Massenpartizipation Hand in Hand mit der Entwicklung des modernen Staates und der Nationskonstruktion?

Da das Narrativ des Freiheitskampfes zur Erklärung offenbar nicht ausreicht, will ich es um drei Thesen ergänzen. Diese untersuche ich in jenem Zeitraum, in dem sich moderne Massenwahlen entwickelt haben: im 19. Jahrhundert. Die Untersuchung soll vergleichend anhand von Preußen und den USA durchgeführt werden, also zweier Länder mit einer als konträr geltenden Wahlgeschichte. Ich möchte dabei vor allem die Praxis der Wahlen untersuchen, auch wenn ich ideengeschichtliche und diskursive Aspekte nicht unbeachtet lassen werde. Durch diesen Zugriff ergeben sich die folgenden drei Thesen: *Erstens* wurden Wahlen zu Beginn der modernen Demokratiegeschichte eher von oben oktroyiert als von unten eingefordert, und auch im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts erwiesen sich moderne Wahlen zwar nicht immer, aber immer wieder als Elitenprojekt. Zentral erscheint mir die Funktion von Wahlen als Disziplinierungsinstrument der Eliten. Dabei fasse ich Elite diskursiv als einen wertfreien Begriff, der Personen bezeichnet, die sich in den Augen der Mehrheitsgesellschaft im weitesten Sinn durch Machtfülle oder Leistungen auszeichneten und dadurch Einfluss genossen.⁴

Entsprechend entwickelte sich *zweitens* die Massenpartizipation nicht notwendig aufgrund einer normativen Dynamik, etwa als Freiheitskampf, sondern wurde häufig durch sozialstrukturelle Bedingungen gefördert – wobei sich ideelle und strukturelle Impulse gegenseitig befeuern konnten. Die strukturellen ökonomischen Grundlagen etwa dienten unterschiedlichen Akteursgruppen als Anreiz, Wahlen durchzuführen oder einzufordern: Für die Regierung konnte es beispielsweise in der ersten Jahrhundert-

2 Vgl. zu den Alternativen Buchstein, Löstrommel und Wahlurne.

3 Vgl. die kritische Einschätzung von direkter Demokratie bei Dunn, *Breaking Democracy's Spell*, S. 132.

4 Es geht also nicht darum, ob Eliten tatsächlich Leistungen erbracht haben oder Macht besitzen, was in der Elitenforschung eine große Rolle spielt. Auch ist die genaue Definition dessen, wer dazu gehörte und wer nicht, nicht zentral, weil im historischen Verlauf die Zuschreibung von Eliten stark schwankte, vgl. umfassend dazu Reitmayer, *Eliten*; Hartmann, *Elitesoziologie*.

hälfte sinnvoll sein, die immer reicher werdende Bevölkerung mit Wahlen zu integrieren, während es für die insgesamt besser gestellten, gebildeten, politisierten Arbeiter in der zweiten Jahrhunderthälfte zweckmäßig wurde, mehr Partizipationsrechte in Preußen einzufordern.

Drittens ergab sich auf der Grundlage eines Sets an spezifischen Ideen und strukturellen Prozessen eine relativ parallele Entwicklung für Preußen und die USA, die den Schluss einer nordatlantischen Geschichte nahelegt und rein länderspezifische Erklärungen für die Ausbreitung der Massenvahlen wenig überzeugend erscheinen lässt.

Dabei waren die USA und Preußen im 19. Jahrhundert grundverschieden. In der Neuen Welt stimmte man stolze Lobgesänge auf die Republik an, Männer präsentierten sich als freie Bürger auf freiem Grund. In Preußen aber herrschte vielfach die Reaktion, und die Obrigkeit unterdrückte Revolutionen und Sozialisten. *Universal suffrage* hier – Dreiklassenwahlrecht da. Immer wieder werden Preußen und die USA als Gegenpole verstanden. Daher ist es sinnvoll, diese Fallbeispiele zu analysieren.⁵ Falls meine Thesen auf beide Länder zutreffen, können bestimmte nationale Erklärungsmuster, die in Demokratie- und Parlamentsgeschichten auftauchen, neu überdacht werden.

Sowohl für Preußen als auch für die USA liegen bereits hervorragende Forschungen zum Thema Wahlen vor, sodass es möglich ist, beide über diesen langen Zeitraum in den Blick zu nehmen. Doch weil sich diese Studie für die genaue Wahlpraxis und ihren sozialen und kulturellen Kontext interessiert, sollen in jedem Land beispielhaft zwei Tiefenbohrungen durchgeführt werden: in je einer ländlichen Gegend – Pommern und South Carolina – und in je zwei Metropolen – Berlin und New York City. Alle vier Regionen sind in gewisser Weise symptomatisch für den ganzen Staat: Pommern mit seiner relativen Rückständigkeit,⁶ South Carolina mit seiner einflussreichen Elite in einem (ehemaligen) Sklavenhalterstaat; Berlin als Residenz-, aber auch als Revolutionsstadt, mit seinen Möglichkeiten liberalen und sozialistischen Denkens, New York mit den sozialen und ethnischen Spannungen und seinem hitzigen politischen Leben; schließlich stehen beide Metropolen für den Hochdruck, mit dem Städte im 19. Jahrhundert wuchsen und Innovationen entfesselten. Sämtliche vier Regionen

5 Beispielhaft für die Geschichtsschreibung sind die Arbeiten von James Retallack oder die älteren Studien von Hans-Ulrich Wehler.

6 Dies wird letztlich in der Studie von Dirk Mellies bestätigt (Mellies, Modernisierung).

sind zugleich Extremfälle, doch gerade das Extreme kann wie in einem Brennpunkt das Typische verdeutlichen, so etwa die konservative Gesinnung der Menschen auf dem Lande in Pommern oder South Carolina. Wichtig ist dabei allerdings die Einbettung der Befunde in die Zusammenhänge des jeweiligen Nationalstaates, um unangemessene Verallgemeinerungen zu vermeiden. Im Fall Preußen geht der Blick zudem immer auch wieder in die anderen deutschen Länder, weil Preußen eng in den deutschen Kontext eingebunden war, spätestens mit der Reichsgründung 1871 kaum noch eine unabhängige Politik betrieb und weil insbesondere seit Ende des 19. Jahrhunderts sein Wahlrecht als eine gesamtdeutsche Frage diskutiert wurde.

Obwohl es vor allem in der Zeit nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg, der 1865 endete, zu einem Austausch zwischen den Ländern kam und transnationale Prozesse die Entwicklung moderner Wahltechniken wesentlich prägten, geht diese Studie vergleichend vor. Allerdings handelt es sich nicht um einen strengen historischen Vergleich im orthodoxen Sinne.⁷ Vielmehr lässt sich die Studie von globalhistorischen Ansätzen inspirieren, die aus ihrem weit schweifenden Blick eine Vielfalt an Erkenntnissen gewinnen können.⁸

Um den Erfolg der Institution Wahlen zu verstehen, gilt es, jene Jahrzehnte in den Blick zu nehmen, in denen sie sich herausgebildet hat. Der Untersuchungszeitraum setzt daher mit der Zeit um 1800 ein und endet mit dem Ersten Weltkrieg, in dessen Vorfeld sich ein gewisser Konsens für allgemeine Wahlen durchsetzen konnte, der dann durch den Brandbeschleuniger des Weltkriegs in vielen Ländern auch das Frauenwahlrecht ermöglichte. Bewusst entscheide ich mich für den Begriff »Moderne«. Moderne bedeutet in diesem Zusammenhang ganz konventionell mit Max Weber gesprochen die Rationalisierung der westlichen Welt. Damit verbunden sind (idealtypisch zugespitzt) die Industrialisierung und ein Anstieg des Wohlstandes, die Konstruktion von Nationen mit dem einhergehenden Gleichheitsanspruch der Bürger, die Differenzierung der Gesellschaft in funktional spezifizierte Teilbereiche, sodass sich Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Religion zunehmend unabhängig voneinander artikulieren konnten. Moderne bedeutet der selbstbewusste Auftritt des Bürgertums und damit der Anstieg des Bildungsniveaus, die Entwicklung der Presse, die Möglich-

7 Kaelble, Historischer Vergleich; nach wie vor instruktiv: Welskopp, Stolpersteine.

8 Vgl. etwa Osterhammel, Verwandlung.

keit einer unabhängigen Öffentlichkeit. Koselleck nennt den Anbruch der Moderne »Sattelzeit«: Die westliche Welt überwand das Bergmassiv, und vor ihr lag eine neue, verheißungsvolle Welt. Die Antinomien der Moderne gehören freilich dazu, nationalistische Exklusionsprozesse etwa, Rassismus oder die Disziplinierung des Subjekts. Die ideellen Grundlagen moderner Zeiten lassen sich entsprechend mit den aufklärerischen Forderungen nach Rationalität, nach der Würde des Menschen und nach seiner Pflicht zur Selbstbefreiung identifizieren, aber auch mit einem konservativen Sicherheitsbedürfnis, mit Ängsten und der Sehnsucht nach Traditionen. Vor allem die Freiheitsdiskurse waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts Elitendiskurse, doch entwickelten sie eine faszinierende Dynamik. Gewiss, »Moderne« und »Modernisierung« sind hochumstrittene Begriffe. Wenn man sich ihnen aber ohne akademische Ressentiments nähert, bieten sie ein theoretisches Modell mit hoher Erklärungskraft.⁹

Die Konzentration auf die Moderne ist deswegen sinnvoll, weil erst mit ihr die Forderung nach der *universellen* Würde des Menschen und damit die ungeheuerliche Idee der Gleichheit – der Gleichheit im Hier und Jetzt – zum Durchbruch kamen. Die Gleichheitsforderung gab der Freiheitsforderung eine neue Schärfe. Denn Freiheit für wenige gab es seit jeher. Mit der Moderne und ihrem Universalisierungsanspruch entwickelte sich Freiheit zu einer unerhörten Herausforderung. Nicht zuletzt nährte sie die Vorstellung von einem Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen.¹⁰ Es mag interessant sein, ob in der Antike mit Scherben oder Bohnen, geheim oder mit Hammelsprung abgestimmt wurde, und Diversität und Komplexität vormoderner Gesellschaften zeigen sich auch in ihren Wahlpraktiken, doch für die Frage nach dem Funktionieren moderner Demokratie spielt all das eine untergeordnete Rolle.¹¹ Erst in der Sattelzeit wurde das Wahlrecht zu einem universellen und zugleich individuellen Rechtsanspruch,

9 Vgl. zum Gewinn eines reflektierten Modernebegriffs mit einem Forschungsüberblick über die Kritik: Pollack/Rosta, *Religion in der Moderne*, S. 25–47; Berger, *Modernisierungstheorie*; vgl. die kritische Analyse des Zusammenhangs von Modernisierungstheorie, Sonderwegthese und Partizipationskultur Steinbach, *Modernisierungstheorie*; zur Aufklärung: Cassirer, *Philosophie der Aufklärung*; Stollberg-Rilinger, *Aufklärung*, S. II.

10 Hunt, *Human Rights*.

11 Vgl. zu der Diskussion um die heuristische Funktion der Antike in der Demokratieforschung Richter, *Gleichheit*; u. weitere Beiträge in dem Heft über Egon Flaigs »Mehrheitsentscheidung«: »EWE. Erwägen, Wissen, Ethik. Forum für eine Erwägungskultur« VON 2014.

der auf der Nationalidee und deren Postulat der egalitären Staatsbürger gründete.¹² Und es ist dieser Rechtsanspruch und nicht der Vorgang der Abstimmung oder die Idee des Mehrheitsentscheides, der politische Massenwahlen begründet.¹³ »Eine recht klare Zäsur trennt vormoderne von modernen Wahlen«, so Barbara Stollberg-Rilinger.¹⁴

Die immer wieder bemühte Geschichte der Demokratie von der Antike (dann langes, langes Schweigen über die dunkle Vormoderne) über bedeutende Denker seit der Renaissance bis zu den Gelehrten der Zeit nach 1945 erscheint zuweilen unreflektiert, weil darin eine Geschichtsschreibung von großen Männern mit klassischem Profil betrieben wird, die womöglich weniger mit dem historischen Gegenstand als vielmehr mit der politischen Selbstverortung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu tun hat. Insbesondere die politikwissenschaftliche Ideengeschichte betreibt manchmal eine Historiografie ohne Anschauung sozialer Gegebenheiten und ideeller Implikationen, unberührt häufig von gender- oder globalgeschichtlichen Einsichten.¹⁵ Die immer gleiche Auswahl der analysierten Personen, ob Hobbes, Locke oder Jefferson, verführt dazu, lediglich die alten Erzählungen zu bestätigen.¹⁶ Diese Forschung erklärt eher die Jakobiner oder einen totalitären Geist wie Rousseau zu Vätern der Demokratie, als dass sie die Bauernaufstände im Spätmittelalter oder einen Reformator wie Karl August von Hardenberg berücksichtigt.¹⁷

Aber sieht sich eine Geschichte, die sich auf die USA und Preußen konzentriert und mit einem Konzept der Moderne operiert, nicht einem ähnlichen Vorwurf ausgesetzt, nämlich dem des Eurozentrismus? Doch so wie es selbstverständlich sinnvoll sein kann, sich etwa europäischen Denkern des 18. Jahrhunderts zu widmen, so gibt es durchaus Themen, die den Westen als Referenzraum haben, und zu ihnen gehört die Entwicklung moder-

12 So Brandt, *Neoständische Repräsentationstheorie*, S. 151; vgl. Habermas, *Diskurs der Moderne*; Rosa, *Weltbeziehungen*, S. 361–363.

13 Vgl. zu vormodernen Wahlen Stollberg-Rilinger, *Symbolik und Technik*; Dartmann u. a., *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*.

14 Stollberg-Rilinger, *Symbolik und Technik*.

15 Vgl. die Kritik der Cambridge School dazu (Skinner, *Bedeutung und Verstehen*); einen guten Überblick bieten Hellmuth/Ehrenstein (Hg.), *Intellectual History*.

16 Crick, *Democracy*; zu dieser Darstellung gehören auch die zahlreichen Überblickswerke zur Demokratietheorie, etwa das vielfach aufgelegte Werk von Massing u. a. (Hg.), *Demokratietheorien*.

17 Vgl. hingegen die Geschichte der Menschenrechte in Deutschland (Blickle, *Leibeigenschaft*).

ner Wahlen.¹⁸ Dekonstruktivistische Kritik hat die Meistererzählung des Westens nicht überflüssig, sondern reflektierter und theoretisch informierter gemacht.¹⁹ Ulrich Mücke notiert, die Globalgeschichte mit ihrem Blick auf die Verflechtungen sei gewiss inspirierend, doch was die Entwicklung der Wahlen betreffe, »handelt es sich (leider) um eine sehr einseitige Verknüpfung«, nämlich um den Einfluss des Westens auf die anderen Länder.²⁰ Jürgen Osterhammel konstatiert generell, es sei »kapriziöse Willkür, eine Geschichte ausgerechnet des 19. Jahrhundert zu entwerfen, die von der Zentralität Europas absähe.«²¹ Und dass Grenzen und Unterscheidungen zuweilen unscharf sind und unterlaufen werden, setzt diese Grenzen voraus und bestätigt ihr Vorhandensein.²² Bei der Geschichte der Massenvahlen ist es insofern einleuchtend, vom »Westen« zu reden, weil die postulierte Menschenwürde in diesem Raum aufkam und damit auch die Forderung des Wahlrechts als individuelles Recht.²³ Da sich Wahlen auf das Staatsbürgerrecht konzentrierten und die Gleichheit bis ins 20. Jahrhundert in aller Regel als staatsbürgerliche Gleichheit gedacht war, ist es zudem ratsam, den nationalen Rahmen zu beachten (der nicht zuletzt durch die Staatsbürgerschaft konstituiert wurde).²⁴

Die ersten Ansätze einer globalen Demokratie-Geschichte haben einen anderen Fokus. So zeigt John Keane in seiner beeindruckenden Studie über weltweite demokratische Praktiken, dass Wahlen und demokratische Ideen in reicher Vielfalt weltweit anzutreffen sind. Doch ähnlich wie bei dem Blick auf die Antike und Vormoderne fehlt den meisten dieser Wahlen der moderne egalitäre Anspruch.²⁵ Damit ist bereits auch etwas zu

18 Vgl. dazu überzeugend Mücke, Peru.

19 Der Nachweis des Westens als »imaginäre Entität«, so Chakrabarty, »verringert seine Anziehungskraft oder Macht nicht« (Chakrabarty, Europa provinzialisieren, S. 306); vgl. Reckwitz, Moderne.

20 Mücke, Peru.

21 Osterhammel, Verwandlung, S. 20. 85 Prozent der Weltfläche waren vor dem Ersten Weltkrieg unter der Kontrolle der westeuropäischen Nationen (Conrad, Globalisierung, S. 37).

22 Reckwitz, Moderne, S. 234.

23 »Das Mark der Moderne« von Andreas Zielcke, *Süddeutsche Zeitung*, 31. 3. 2015.

24 Vgl. dazu Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 11f.

25 Keane, Life and Death; vgl. auch Bayly, Geburt, S. 110–126; Osterhammel, Verwandlung, S. 848–866; was Europa betrifft so spricht Samuel Finer vom 19. Jahrhundert als der Zeit der »Konstitutionalisierung Europas« (Finer, History of Government, Bd. 3, S. 1567).

dem Einwand gegen eine »deterministische«, »teleologische« und »lineare« Geschichte gesagt. Auch wenn Meistererzählungen eine Verführungskraft besitzen und zuweilen Historikerinnen und Historiker davon abhalten, genauer hinzuschauen und Abweichungen zu registrieren, so finden sich eben doch auch richtungsgebundene Prozesse und Kausalitäten, die eine bestimmte Entwicklung wahrscheinlicher werden lassen als andere Entwicklungen. Geschichte ist allerdings niemals determiniert, weil der Zufall und der Eigensinn der Menschen allen Plausibilitäten immer wieder einen Strich durch die Rechnung machen. Dennoch lassen sich Muster und Prozesse erkennen, und die wissenschaftliche Mühe ihrer Interpretation ist unverzichtbar. Das oft vorgebrachte Argument gegen eine Geschichte der Moderne, dass es Kontinuitäten zur Vormoderne gebe, ist ohnehin wenig überzeugend. Selbstverständlich gibt es in historischen Entwicklungen immer Überschneidungen und »Ungleichzeitigkeiten«. Und dennoch finden Entwicklungen statt, die Zeitabschnitte voneinander unterscheidbar machen. Auch muss ein Konzept von Modernisierung nicht zwangsläufig davon ausgehen, dass die ganze Welt früher oder später diese Entwicklung nimmt, wodurch die Welt in Vorreiter und Nachzügler eingeteilt werden kann. Es ist zuweilen interessanter, mit Max Weber danach zu fragen, warum ausgerechnet der Westen diesen Weg in die Moderne gegangen ist.

Dank der Forschungsleistungen in der Globalgeschichte und in den Postcolonial Studies muss eine Geschichte des Westens allerdings ihre Fokussierung reflektieren und in die Analyse einbeziehen. Dipesh Chakrabarty spricht von den »privilegierten Erzählungen der Staatsbürgerschaft«, ohne die die Moderne nicht zu denken ist, ohne die aber auch die Konstruktion der Anderen nicht denkbar geworden wäre.²⁶ Nicht zufällig erreichten Kolonialismus und »wissenschaftlicher« Rassismus einen Höhepunkt in der Zeit um 1900, als sich im Westen die Gleichheit und das gleiche Stimmrecht weitgehend Bahn brachen (mit allen Abstrichen, die nach wie vor am Werk waren). Für die Konstruktion der staatsbürgerlichen Gleichheit in den nordatlantischen Ländern war der Gegenentwurf der »nicht-zivilisierten« Welt bedeutsam, und angesichts der Fremdheit der Anderen in der kolonialen Welt schien die Gleichheit der »Weißen« besonders augenfällig. Eine Geschichte der politischen Wahlen im 19. Jahrhundert muss eine weitere Einseitigkeit reflektieren: Sie beschäftigt sich fast ausschließlich mit Männern und Männlichkeit. Nicht nur, weil die Akteure

26 Chakrabarty, Europa provinzialisieren, S. 309; Müsebeck, Arndt.

Männer waren, sondern auch, weil fast alles, was mit Wahlen zusammenhing, mit Konstruktionen von Männlichkeit verbunden wurde. Die Genderforschung hat dazu beigetragen, diesen Umstand in die Analyse zu integrieren. Dabei kann es nicht darum gehen, dass Frauen den Wahlkämpfern Kaffee gekocht und für die Partei Flugblätter verteilt haben. Solche Erkenntnisse können leicht zu Verzerrungen führen und verdecken, wie konsequent die Exklusion der Frauen herrschte und wie überaus mächtig die politischen und sozialen Konstruktionen von männlicher Hegemonie waren. Hilfreich sind dabei Ansätze, wie sie Karen Hagemann, Ute Planert, Raewyn Connell oder Jürgen Martschukat vertreten, denen es mit der Einbeziehung der Geschlechterebene gelingt, neue Zusammenhänge aufzuzeigen, etwa die enge Symbiose von Männlichkeitsidealen mit Staatskonzepten und Nationskonstruktionen.²⁷

Was aber ist mit Wahlen gemeint? Meistens werden sie als eine Technik definiert, um eine Körperschaft zu bilden oder eine Person mit einem Amt zu betrauen.²⁸ Die Politikwissenschaft unterscheidet zwischen Wahlen und Plebisziten (wobei Letzteres oft mit dem Terminus »Abstimmung« bezeichnet wird).²⁹ Die Akteure im 19. Jahrhundert trennten hier allerdings weniger säuberlich: Wenn etwa Amerikaner *elections* abhielten, sorgten sie häufig sowohl für die Bestimmung von Personen zu Ämtern als auch für die Abstimmung über Plebiszite wie etwa Verfassungsänderungen; beides fand sich auf einem Stimmzettel. Da sich diese Studie vor allem für den Wahlakt und dessen Interpretationen im historischen Kontext interessiert und der Inhalt der Wahlentscheidung sekundär ist (ob für das Bürgermeister- oder Präsidentenamt oder für einen Verfassungszusatz), ist also die Unterscheidung zwischen Wahlen und plebiszitären Abstimmungen nicht zielführend. Daher ist für diese Untersuchung die weitere Definition in der *Encyclopedia Britannica* sinnvoll, die Wahlen definiert als »den formalen Prozess, durch eine Abstimmung eine Person für ein öffentliches Amt auszuwählen oder ein politisches Vorhaben zu akzeptieren bzw. zurückzuweisen«.³⁰

27 Hagemann, Nation, Krieg; Connell, Der gemachte Mann, S. 163; Martschukat, Ordnung; Kimmel, Manhood.

28 Nohlen, Wahlrecht, S. 23; ähnlich Rokkan, Electoral Systems, S. 6.

29 Vgl. Sternberger/Vogel, Wahl der Parlamente, S. 1–14.

30 Gibbins u. a., Election.

Selbstverständlich bildet die Frage, was gewählt wurde, dennoch einen unverzichtbaren Hintergrund meiner Untersuchungen: War es ein Abgeordneter, dessen Wahl schon im Vorfeld feststand; ging es um ein mächtiges Parlament oder einen wenig attraktiven Magistrat? Die Frage der Wahltechniken lässt sich davon nicht lösen. Auch ist es wichtig, sorgsam das jeweilige Wahlrecht zu berücksichtigen. Während sich die Wahlen in den Vereinigten Staaten stark ähnelten und häufig Kommunalwahlen, Präsidentschaftswahlen, Kongresswahlen oder Plebiszite rechtlich und verfahrenstechnisch gleich organisiert waren, ist Preußen ein besonders interessanter Fall, weil hier ab 1867 das Dreiklassenwahlrecht auf Landesebene durch das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht auf der Reichsebene ergänzt wurde. Diese wahlrechtliche Diskrepanz offenbarte die Vorstellungen der Menschen besonders deutlich, weil sie zu einer nicht endenwollenden Reformdebatte um das seit 1849 geltende preußische Dreiklassenwahlrecht führte.

Immer wieder drängen sich normative Ansprüche in die Definition hinein – vor allem durch die fünf Attribute einer demokratischen Wahl im heutigen Sinne, »gleich«, »allgemein«, »geheim«, »direkt« und »frei«. Auf die Frage nach Essenz von Wahlen verweisen einschlägige Definitionen auf das Prinzip der freien Auswahl.³¹ Die durch die Grundsätze »geheim« und »direkt« gewährte Wahlfreiheit jedoch war im 19. Jahrhundert nur selten gegeben, denn Geheimhaltung war eine abstrakte Idee, auf die zunächst nur intellektuelle Eliten verfielen, und auch die Direktheit konnte sich nur nach und nach durchsetzen.³² Ob in Neuengland Wahlämter innerhalb einer Familie von Generation zu Generation weitergegeben wurden, in den Südstaaten nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg eine Einparteiherrschaft das Land regierte oder ob beim preußischen Dreiklassenwahlrecht Junker die Landarbeiter zu einer ihnen genehmen Wahl drängten: Wahlfreiheit erwies sich häufig als dysfunktional, und Geheimhaltung kam nur wenigen in den Sinn. Ähnlich sieht es mit der Allgemeinheit aus. US-amerikanische Wahlen schlossen die indigene Bevölkerung, häufig Latinos und selten auch Juden aus, sie hatten zum Teil bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Zensus (also Besitz- oder Steueranforderungen für das Wahlrecht), um 1900 wurden vielfach die Analphabeten und erneut die Afroamerikaner ausgeschlossen. Preußen hatte zwar bereits ab 1848

31 Gibbins u. a., Election; Sternberger, Über die Wahl, S. 923.

32 Arsenschek, Wahlfreiheit.

ein allgemeines Männerwahlrecht, doch seit 1849 war es ungleich, weil die Stimmen je nach Steuerleistung unterschiedlich gewichtet wurden. Allerdings hatten alle diese modernen Wahlen in ihrem Kern den *Anspruch* auf Allgemeinheit, das hieß auf Einbeziehung aller Bürger. Dieser Anspruch war über viele Jahrzehnte im 19. Jahrhundert der deutlichste Ausdruck der aufklärerischen Gleichheitsforderung, denn das aufgeklärte, gleiche, würdige, freie Subjekt sollte mitbestimmen können. Das Neue an diesen Wahlen war nicht die Gleichheitsforderung für die Wahlberechtigten, denn auch in den meisten vormodernen Wahlen hatte die Elite der Wahlberechtigten ein gleiches Stimmrecht (»one voter, one vote«). Das Neue an modernen Wahlen war ihr universeller Anspruch, der sich aus der aufklärerischen Gleichheitsforderung für *alle* ergab (»one man, one vote«). Daher nannten die Zeitgenossen das moderne Wahlrecht meistens auch *universal suffrage* oder allgemeines Wahlrecht. Wie dieser Anspruch umgesetzt wurde, ob mit Geheimhaltung oder mit Waffenschutz, und wer überhaupt zur bürgerschaftlichen Allgemeinheit gehörte, war umstritten.

Erst um 1900 trafen sich die diversen Entwicklungsfäden der Wahltechnik in dem, was ungefähr den heutigen Normen zur Geheimhaltung und einer freien, direkten Wahl entspricht, und erst nach dem Ersten Weltkrieg genügte das Wahlrecht in etwa dem heutigen Verständnis von Allgemeinheit und Gleichheit. Daher verstehe ich unter politischen Wahlen die Technik des Abstimmens, um kollektive politische Entscheidungen zu treffen, wobei sich das originär Moderne in dem prinzipiellen Anspruch auf Allgemeinheit zeigt. Da die Durchsetzung dieses Anspruchs wesentlich die Geschichte der modernen Demokratie prägt, ist diese Studie ein Beitrag zur Demokratiegeschichte.

Die Vorstellungen, was unter Demokratie zu verstehen sei, haben sich immer wieder grundlegend verändert. Eine auf heutige Demokratievorstellungen fixierte, normativ festgelegte Definition erlaubt es kaum, Demokratieentwicklungen vor 1919 oder selbst vor 1945 sinnvoll zu analysieren – sei es in den USA oder in Europa. Doch seit den »demokratischen Revolutionen« in Frankreich und Amerika wurde Demokratie mit Gleichheit verbunden und mit Freiheit – dem Anspruch, dass die Gleichen kraft ihrer Freiheit die Herrschaft ausüben und in Freiheit ihr Leben gestalten.³³ Hier wird erneut mit dem Universalitätsanspruch das Umstürzende der

33 Vgl. dazu die umsichtigen Ausführungen von Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg, S. 22–30, insbes. S. 29.

Moderne deutlich: »Moderne Demokratie« heißt in letzter Konsequenz die Relevanz *aller* Menschen – nicht zuletzt für die Herrschaft. Ernst Moritz Arndt, der zu den vielen Intellektuellen gehörte, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Zukunft in der »Demokratie« sahen,³⁴ erklärte 1814: »Die besten Kaiser und Könige und alle edlen Menschen haben ja auch immer nur bekannt, daß sie für das Volk da sind und für das Volk und mit dem Volke regieren.«³⁵ Arndt knüpfte damit an das 1791 von Claude Fauchet notierte Diktum an: »Alles für das Volk, alles durch das Volk, alles dem Volke« (*«tout pour le peuple, tout par le peuple, tout au peuple»*),³⁶ das dann Jahrzehnte später von Lincoln aufgegriffen wurde: »Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk« (*«government of the people, by the people, and for the people»*). Der Historiker Edmund S. Morgan, dem diese Studie wesentliche Anregungen verdankt, schreibt darüber: »Nüchternes Nachdenken dürfte uns zeigen, dass alle Regierungen vom Volk sind, dass sie alle bekunden, für das Volk zu regieren, und dass keine von ihnen im buchstäblichen Sinne durch das Volk regiert.«³⁷ Tatsächlich verwiesenen Theoretiker und Intellektuelle von Beginn der modernen Wahlgeschichte an auf den utopischen und fiktiven Charakter von Demokratie.³⁸ Denn wie soll das funktionieren, dass alle regieren? »Die Identität von Staat und Gesellschaft, von souveräner Entscheidungsinstanz und Gesamtheit der Bürger ist von Anfangen dazu verurteilt, ein Mysterium zu bleiben«, so Reinhart Koselleck über die Entstehung demokratischer Ideale.³⁹ Durch die aufklärerische Forderung nach der Autonomie des Individuums einerseits sowie durch die ökonomischen Umwälzungen, dank derer sich diese Autonomie aller zu einem realistischen Projekt kristallisierte, ergab sich die drängende Frage, wie die Freiheit aller möglich sein könne, solange überhaupt noch Herrschaft ausgeübt wurde.⁴⁰ Wahlen nun boten, so meine These, für dieses Dilemma der Moderne ein zuverlässiges Verfahren. Sie erfüllten die zentrale Funktion, Herrschaft in aufgeklärten Zeiten zu ermöglichen, indem sie auf

34 Vgl. zu den Abweichungen historischer Demokratiebegriffe zu heutigen normativen Demokratiedefinitionen Stamm-Kuhlmann, Ernst Moritz Arndt, S. 103–112.

35 Arndt, Verfassungen in Deutschland, S. 222.

36 Fauchet, Sermon, S. 7.

37 Morgan, *Inventing the People*, S. 38.

38 Meier u. a., *Demokratie*, S. 848–852; vgl. Lancizolle, *Über Königthum und Landstände*, S. 344–346.

39 Koselleck, *Kritik und Krise*, S. 136.

40 Vgl. zu der Frage Stollberg-Rilinger, *Aufklärung*, S. 202.

der einen Seite Herrschaft – und damit zwangsweise soziale Asymmetrie und Dominanz – legitimierten; auf der anderen Seite respektierten sie das aufklärerische Gebot der Gleichheit und Freiheit aller Menschen. Anders gewendet: Wahlen ermöglichten die Fiktion von Demokratie, sie boten eine Performanz der demokratischen Utopie. Das bedeutet zugleich, dass Wahlen ein Scharnier zwischen den Bürgern und dem Staat bildeten und damit wichtiger Bestandteil der Nationskonstruktion wurden.

In dieser Studie sind Wahlen das zu Erklärende, das Explanandum, das Eigentliche, das Faszinierende. In der klassischen politikwissenschaftlichen und historischen Wahlforschung hingegen dreht sich in der Regel alles um den einen Aspekt der Wahlergebnisse, letztlich also darum, wer wen wann warum wählte.⁴¹ Diese Studien haben eine Fülle an Erkenntnissen hervorgebracht, die für jede weitere Wahlforschung die Basis bildet.⁴² Dass jedoch die regelmäßige Abhaltung von Wahlen selbst erklärungsbedürftig ist, kam Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts kaum in den Sinn. Die normative Aufladung von Wahlen erwies sich als so stark, und Wahlen hingen als Herzstück der Legitimation so eng mit den politischen Nachkriegsordnungen zusammen, dass sie von Ausnahmen abgesehen, bei denen es um eine Fundamentalkritik an der liberalen Demokratie ging, kaum selbst infrage gestellt werden konnten.⁴³

In der Geschichtsschreibung gibt es aber seit einiger Zeit eine Reihe von Arbeiten, die weniger nach Wahlergebnissen und Wahlentscheidungen fragen.⁴⁴ Wegweisend für den neuen Zugang und damit auch für eine neue Geschichte der Wahlen sind die Studien des Wahlforschers Frank O’Gorman geworden, der nach Bedeutungen der Wahlen für die Zeitgenossen sucht, die über die offiziellen Wahlfunktionen hinausgehen.⁴⁵ In Frankreich bot der Historiker Pierre Rosanvallon mit seinen

41 In der Politikwissenschaft gibt es immerhin Ansätze wie den von Sarcinelli, der die symbolische Bedeutung von Wahlkämpfen in den Blick nimmt, jedoch kaum den Wahlakt untersucht (Sarcinelli, *Symbolische Politik*).

42 Vgl. dazu den Forschungsüberblick in Winkler, *Historische Wahlforschung*; erwähnenswert der Klassiker Sternberger/Vogel, *Wahl der Parlamente*; ein neuer Überblick mit aktuellerer Forschung: Nohlen, *Wahlrecht*; für die USA: Keyssar, *Right to Vote*.

43 Richter/Buchstein, *Einleitung*.

44 Vgl. den Forschungsüberblick in Kühne, *Demokratisierung und Parlamentarisierung*; sowie in Crook/Crook, *Secret Ballot*; vgl. auch den Überblick in Ullmann, *Politik im deutschen Kaiserreich*, S. 83–85; sowie Nohlen, *Wahlrecht*, S. 39–41.

45 O’Gorman, *Campaign Rituals*; O’Gorman, *Ritual Aspects*; vgl. auch den Forschungsüberblick in Gatzka u. a., *Kulturgeschichte moderner Wahlen*.

Wahlstudien einen demokratiethoretisch reflektierten Zugang,⁴⁶ der dazu beitrug, dass im französischsprachigen Raum vielfältige Studien über die Praxis und Kultur der Wahlen entstanden.⁴⁷ In den Vereinigten Staaten ist die Wahlforschung zwar nach wie vor an Fragestellungen über Wahlrecht oder Wahlergebnis orientiert, wie nicht zuletzt die beeindruckende und umfassende Studie von Alexander Keyssar über US-amerikanische Wahlen zeigt. Doch nimmt hier die historische Wahlforschung immer wieder die Praxis in den Blick, auch wenn sie theoretisch kaum reflektiert wird.⁴⁸ In Deutschland wurde in der Geschichtsschreibung bereits in den 1980er Jahren die Forderung laut, Wahlen nicht primär an aktuellen normativen westlichen Standards zu messen.⁴⁹ Eine kulturalistisch interessierte Politikgeschichte weitete denn auch den Blick für neue Perspektiven⁵⁰ ebenso wie die Frühneuzeitforschung, die in Anbetracht der völlig anders gelagerten Wahlpraktiken ihrer Untersuchungszeit ohnehin ein weiteres Wahlverständnis entwickelte.⁵¹ Historikerinnen und Historiker wie James Retallack, Simone Lässig oder Karl-Heinrich Pohl haben mit lokal- und regionalgeschichtlichen Studien die historische Wahlforschung auf eine mikro- und akteursbezogene Ebene gehoben, und Peter Steinbach drang mit seiner großen Arbeit über die Reichstagswahlen als Ausdruck des politischen Massenmarktes bereits tief in die Wahlpraxis ein. Maßgebliche Impulse für die Wahlforschung lieferte zudem Karl Rohe mit seinem Verständnis von »politischer Kultur«.⁵² Thomas Kühne zeigt mit seinen Arbeiten über das Dreiklassenwahlrecht, welcher Erkenntnisgewinn möglich ist, wenn Praktiken und symbolisches Handeln in die Analyse einbe-

46 Etwa Rosanvallon, *Le Sacre du citoyen*.

47 Garrigou, *Histoire sociale du suffrage universel*; Déloye/Ihl, *L'Acte de vote*; Ihl, *L'Urne électorale*.

48 Bensel, *Ballot Box*; Brewin, *Celebrating Democracy*; Altschuler/Blumin, *Rude Republic*.

49 Beispielsweise Neugebauer-Wölk, *Wahlbewusstsein*; Kühne, *Historische Wahlforschung*.

50 Vgl. etwa Gert Melville, *Das Sichtbare und das Unsichtbare*; Vorländer, *Verfassung als symbolische Ordnung*; Stollberg-Rilinger, *Des Kaisers alte Kleider*; Frevert/Haupt, *Neue Politikgeschichte*; vgl. den kritischen Kommentar bei Rödder, *Klios neue Kleider*.

51 Stollberg-Rilinger, *Symbolik und Technik*; Stollberg-Rilinger, *Vormoderne politische Verfahren*; Dartmann u. a. (Hg.), *Technik und Symbolik*.

52 Rohe, *Politische Kultur*; Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen*; Lässig u. a., *Modernisierung und Region*; Retallack, *The German Right*; vgl. auch die grundlegenden Arbeiten von Almond u. Verba; Steinbach, *Zähmung*.

zogen werden. Seine Studie erweist sich ebenso wie die der Historikerin Margaret L. Anderson über die Wahlen im Deutschen Kaiserreich als Meilenstein in der historischen Wahlforschung.⁵³ Andersons Forschungen haben darüber hinaus für Aufsehen gesorgt, weil sie – empirisch dicht argumentierend – die demokratischen Funktionen der Wahlen und des Reichstags aufzeigen. Außerdem haben in den letzten Jahren auch kulturhistorisch interessierte Forscher wie Robert Arsenschek, Andreas Biefang oder Thomas Welskopp in Studien über das parlamentarische Leben in Deutschland die Wahlpraktiken aufgegriffen. Thomas Mergel verweist in programmatischen Texten generell auf die kulturhistorische Dimension von Wahlen.⁵⁴

[...]

53 Anderson, *Practicing Democracy*; Arsenschek, *Wahlfreiheit*; Kühne, *Dreiklassenwahlrecht*.

54 Biefang, *Macht*; Welskopp, *Banner der Brüderlichkeit*; Mergel, *Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte*; vgl. auch Mergel, *Propaganda nach Hitler*.

Inhalt

Einleitung

Demokratie als Fiktion	7
1 Elitenprojekt. Wahlen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	37
Bürgerliche Lauheit und die preußische Städteordnung	39
Obrigkeitsliche Interessen und Wahltechniken	56
Republikanische Eliten in den USA	71
Das vermögende Subjekt	94
Der statistisch Erfasste	111
Der sesshafte Bürger im Herrschaftsterritorium	116
Lebensalter und Partizipation: Der mündige Mann	126
2 Mobilisierung. Die Gemeinschaft der Männer in der Jahrhundertmitte	137
Die Nation an der Urne	139
Der Hunger und die Eieraufkäufer	156
Parteiensirkus in Amerika	166
Wer ist das Volk? Wahlen als Marker für Zugehörigkeit	184
Gewalt. Staatsmacht und Volkswille	193
Staatsbürgerliche Männlichkeit	208
Kommunikation	228
3 Wahlen in traditionsbedürftigen Zeiten	235
Das Dreiklassenwahlrecht, der Hybrid zwischen Tradition und Moderne	237
Traditionale Bedenken	253
Demokratie und ihre Einhegung	268
Neuinterpretationen und konservative Aneignung	280
Krieg	301
Boycott und Wahlabstinenz	309

4	Freiheit und Manipulation. Probleme moderner Herrschaft	321
	Allgemeines und gleiches Männerwahlrecht in den USA und Deutschland	323
	Wahlmanipulationen der preußischen Obrigkeit	351
	Bürgerliche Aneignung der Wahlen und nicht-staatliche Manipulationen	379
	»Das Dynamit des Gesetzes«. Staatliche Bemühungen um das <i>universal suffrage</i>	392
	Wahlen als Gesinnungstest	409
	Korruption und Mord bei amerikanischen Wahlen	418
	Neue Bedenken gegen die Demokratie	437
5	Massenpartizipation als Konsens vor dem Weltkrieg	445
	Rationalisierung	447
	Reformdiskurse, Skandalisierung und Fortschrittsoptimismus	462
	Die Bildung der Bürger	481
	Die Ordnung der Dinge im Wahllokal	499
	Beschleunigte Zeiten	517
	Rassismus	527
	Universalisierung partizipativer Techniken und Erster Weltkrieg	531
	Fazit	553
	Beförderung des Wahlrechts durch die Herrschenden	556
	Ideale, Praktiken und Strukturen	561
	Analogien und Unterschiede zwischen Preußen und den USA	565
	Anhang	573
	Abkürzungen	575
	Quellen	576
	Literatur	587
	Register	645
	Dank	656

Zur Autorin:

Hedwig Richter, PD Dr. phil., Historikerin. Seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe »Demokratie und Staatlichkeit« am Hamburger Institut für Sozialforschung. Zuvor war sie u. a. an der Universität Greifswald, am Deutschen Historischen Institut in Washington und an der Universität Bielefeld tätig. Sie schreibt für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung*.

Für Matthias G.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© 2017 by Hamburger Edition

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Satz aus der DTL Albertina ST von Dörlemann, Lemförde
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-313-1
1. Auflage August 2017